

[SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.036/92, Bl. 60-63
Abschrift]

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Verkehrswesen
DER MINISTER

1066 Berlin, den 15. Jan. 1980
Voßstraße 33

Mitglied des Politbüros und
Sekretär des Zentralkomitees der SED
Genossen Paul V e r n e r
1020 Berlin
Am Marx-Engels-Platz

Werter Genosse Verner !

Entsprechend den Festlegungen im Beschluß des Politbüros vom 20. 11. 1979 wurde nach sorgfältiger Vorbereitung am heutigen Tage mit der Entlassung von Verwaltungskräften in den Reichsbahn-Ausbesserungswerken Grunewald und Tempelhof in Westberlin begonnen.

Nachfolgend möchte ich eine erste Information geben:

Am 14. 1. 1980 wurden die Direktoren, die Vorsitzenden der Betriebsgruppen der SEW und die BGL-Vorsitzenden der beiden Reichsbahn-Ausbesserungswerke über die Notwendigkeit der Maßnahme in Kenntnis gesetzt und mit den politischen und arbeitsrechtlichen Argumenten vertraut gemacht.

Am gleichen Tage fanden unter Teilnahme eines Vertreters der Politischen Abteilung der Reichsbahndirektion Berlin erweiterte Vorstandssitzungen der SEW-Betriebsgruppen in den Reichsbahn-Ausbesserungswerken statt. Dabei gab es prinzipielle Zustimmungen zur Notwendigkeit der Reduzierung des Verwaltungsapparates.

Am 15. 1. 1980 wurden die Werkdirektoren, die Vorsitzenden der Betriebsgruppen der SEW und die BGL-Vorsitzenden in der Reichsbahndirektion Berlin über die konkreten Veränderungen im Stellenplan und die Namen der zu kündigenden Eisenbahner informiert. Bei dieser Zusammenkunft gab es eine allgemeine Betroffenheit über den Umfang der Maßnahmen.

Der parteilose BGL-Vorsitzende des Reichsbahn-Ausbesserungswerkes Tempelhof reagierte z. B. mit folgenden Worten:

„Das kann ich nicht verantworten; dann kündige ich gleich mit.“ Im Verlauf der Beratung wurde er jedoch einsichtig und stimmte den Maßnahmen vorab zu.

Wie in meinem Schreiben vom 11. 12. 1979 ausgeführt, muß für Entlassungen von Westberliner Eisenbahnern die Zustimmung der betreffenden Betriebsgewerkschaftsleitung

vorliegen. Bei Verweigerung dieser Zustimmung entscheidet die Bezirksgewerkschaftsleitung.

Erwartungsgemäß wurden die Kündigungen von beiden Betriebsgewerkschaftsleitungen abgelehnt. Im Werk Tempelhof stimmten alle 9 anwesenden BGL-Mitglieder dagegen, im Werk Grunewald gab lediglich der BGL-Vorsitzende die Zustimmung.

Von den Mitgliedern der Betriebsgewerkschaftsleitungen wurden u. a. folgende Meinungen vertreten:

„Das kann ich als Gewerkschaftler nicht vertreten.“

„Ich könnte meinen Kollegen nicht mehr in die Augen sehen.“

„Bisher glaubte ich an einen sicheren Arbeitsplatz.“

„Ich hatte mir Rationalisierung bei der Deutschen Reichsbahn anders vorgestellt und in einem anderen Betrieb würde man jetzt einen Streikaufruf erlassen.“

Nach Bekanntwerden der ablehnenden Haltung der Betriebsgewerkschaftsleitungen stimmte das Sekretariat der Bezirksgewerkschaftsleitung den Kündigungen zu.

Der Vorstand der Betriebsgruppe der SEW im Werk Tempelhof nahm ebenfalls eine ablehnende Haltung ein.

Von der Betriebsgruppe der SEW im Werk Grunewald wurde eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, auf der eine Resolution gegen die Kündigungen verabschiedet wurde. Diese Resolution soll am 16. 1. 1980 dem Vorstand der SEW übergeben werden.

Nach der Zustimmung durch die Bezirksgewerkschaftsleitung begannen in den beiden Reichsbahn-Ausbesserungswerken die Gespräche mit den zu entlassenden Eisenbahnern. Bis 14.00 Uhr wurden 25 Gespräche geführt, die insgesamt bei den Betroffenen ablehnende und erregte Reaktionen hervorriefen.

Zur weiteren offensiven politischen Arbeit informierte der Leiter der Politischen Abteilung der Reichsbahndirektion Berlin heute Nachmittag die 38 Vorsitzenden der Betriebsgruppen der SEW in den Reichsbahn-Dienststellen in Westberlin. Diese Beratung fand in einer sachlichen Atmosphäre statt. Die Argumentation fand Zustimmung. Die Reaktionen zu den eingeleiteten Maßnahmen waren jedoch unterschiedlich. Ältere, erfahrene Kommunisten brachten zum Ausdruck, daß sie alle hinter den Maßnahmen stehen. Ein größerer Teil der Betriebsgruppen äußerte, daß der Zeitpunkt für Kündigungen unter Hinweis auf eine Entlassungswelle in kapitalistischen Betrieben falsch gewählt sei. Sie äußerten Besorgnis über das Vertrauensverhältnis der Westberliner Eisenbahner zum Betrieb.

Die Vorsitzenden der SEW-Betriebsgruppen der Bahnhöfe Berlin-Spandau und Berlin-Gesundbrunnen sehen keine Möglichkeit weiterer offensiver politischer Arbeit.

Nach dem bisherigen Verlauf der Maßnahme muß angenommen werden, daß in den nächsten Tagen feindliche Publikationen mit gegen die DDR gerichteter Polemik in den bürgerlichen Massenmedien Westberlins erscheinen.

Die Realisierung der Festlegung des Politbüro-Beschlusses vom 20. 11. 1979 wird von mir weiterhin unter persönlicher Kontrolle gehalten.

Die gleiche Information habe ich dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Genossen Dr. Günter Mittag, zugeleitet.

Mit sozialistischem Gruß
[Unterschrift unleserlich]